



Filesharing

Beim Thema Tauschbörsen und Filesharing nimmt der Europäische Gerichtshof Access Provider in die Pflicht.

Das Ende der „Pirate Bay“

Sogenannte Public to Private-Tauschbörsen sind nicht „nur Suchmaschinen“ – sie verletzen Urheberrechte.

LUXEMBURG. Im World Wide Web gibt es, was das Herz begehrt. Lust auf einen bestimmten Kinofilm? Kein Problem. Das neue Album der Lieblingsband ist zu teuer? YouTube kann das Bedürfnis kostenlos befriedigen. Film streamen ist erlaubt, der Download verboten; welche Seiten sind nun legal und welche illegal? Wirklich übersichtlich ist die Thematik nicht.

Urheberrechtsverletzungen

Ein BitTorrent-Tracker ist „The Pirate Bay“; dieses P2P (Public to Private) Filesharing-Tool erlaubt es, Dateien auszutauschen. User können Dateien auf einen Server laden, und andere können diese Datei auf ihre Endgeräte laden.

Die niederländische Content-Schutz-Organisation Brein wollte erreichen, dass in den Niederlanden ansässige Access-Provider den Zugang zu „The Pirate Bay“ sperren, um die Aus-

wirkungen massiver Urheberrechtsverletzungen einzudämmen; hierfür zog man sogar vor den Europäischen Gerichtshof. Dieser entschied, dass die Bereitstellung und das Betreiben einer Online-Filesharing-Plattform als eine Handlung der öffentlichen Wiedergabe anzusehen ist. Geschützte Werke werden durch Nutzer online gestellt.

Zur Kopie animiert

Gleichzeitig spielen die Betreiber der Plattform beim Zuverfügungstellen eine zentrale Rolle, denn sie indexieren, kategorisieren und verwalten. Außerdem geben Betreiber gezielt an, *geschützte* Werke zur Verfügung zu stellen und animieren Nutzer dazu, Kopien dieser Werke zu erstellen.

Das Gericht stellte fest, dass die Betreiber von The Pirate Bay nicht verkennen können, dass die Plattform Zugang zu Werken gewährt, die *ohne* Zustimmung der Rechtsinhaber veröffentlicht wurden; bei The Pirate Bay sei dies zu 90 bis 95% der Fall.

Filesharing-Plattformen können laut dem Gericht nicht als Suchmaschinen betrachtet werden.

Außerdem bestätigte das Gericht die Verpflichtungen von Access-Providern, *Zugangskontrollmaßnahmen* zu implementieren, weil sie zur Wahrung und Durchsetzung des Urheberrechts erforderlich sind.

Kein Freibrief

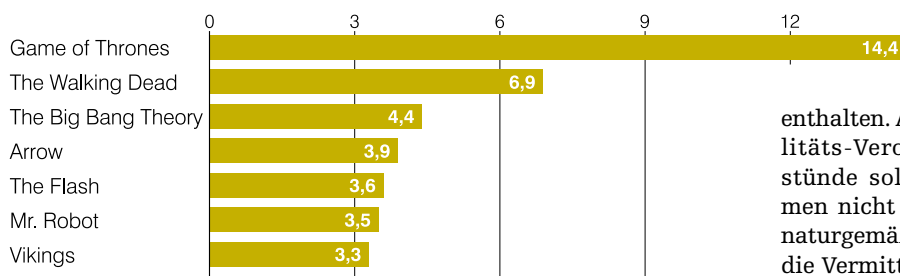
Zuletzt hatte auch das Handelsgericht in Wien bestätigt, dass ein gesperrter Zugang zu illegalen Streamingseiten nicht in das Recht der Nutzer auf *rechtmäßigen* Zugang zu Informationen eingreift.

Es bestehen keine Anhaltspunkte dafür, dass strukturell rechtsverletzende Seiten legale Inhalte in relevantem Umfang enthalten. Auch die Netzneutralitäts-Verordnung 2015/2120 stünde solchen Sperrmaßnahmen nicht entgegen und stelle naturgemäß keinen Freibrief für die Vermittlung urheberrechtsverletzender Inhalte dar. (red/gs)

Seriendownloads 2015

Der Download naht ...

Geschätzte Anzahl von Downloads über BitTorrent (in Mio.)



Quelle: TorrentFreak/Statista 2017